

Frankfurter Erklärung gegen Rassismus

**Aus Anlass des Antirassismustages der Vereinten Nationen am 21.März 1990 erklären wir:
(Erneuerter Beschluss des Magistrates der Stadt Frankfurt am Main im August 2000)**

"Frankfurt soll eine Stadt sein, in der Fremdenfeindlichkeit wie Antisemitismus keinen Platz haben, eine Stadt, die vom friedlichen Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen geprägt ist und darin keine Gefahr, sondern eine Chance sieht. Der Ausländeranteil in Frankfurt ist der höchste der Bundesrepublik - gerade deswegen muss es eine vorrangige Aufgabe der Stadt sein, exemplarisch allen Anzeichen von Xenophobie entgegenzutreten und ihr den Boden zu entziehen. Jede Form der Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht, Religionszugehörigkeit und Nationalität verstößt gegen das Prinzip der Menschenwürde und der Gleichheit und ist unvereinbar mit jenen kulturellen, rechtlichen und politischen Traditionen, die in der Erklärung der Menschenrechte bindend kodifiziert sind. Eine zivile Gesellschaft kann Fremdenfeindlichkeit nicht dulden. Moderne Gesellschaften zeichnen sich durch kulturelle Vielfalt, durch die Begegnung und den Austausch unterschiedlichster Kulturen aus. Dazu haben nicht zuletzt auch die ausländischen Bürgerinnen und Bürger beigetragen. Wenn wir den Anzeichen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegentreten, dann auch, weil wir den kulturellen und gesellschaftlichen Reichtum schätzen und verteidigen, den wir der Koexistenz verschiedener Kulturen, Nationalitäten und Lebensstile verdanken. Die Ausländerinnen und Ausländer, die hier leben, sind keine Gäste. Ihnen stehen gleiche Rechte zu, sie dürfen nicht als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Als vor Jahrzehnten die Arbeitsimmigration einsetzte, wurden Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen. Insbesondere darauf war unsere Gesellschaft nicht gerüstet. Der Integration in den Wirtschaftsprozess entsprachen keine auch nur annähernd vergleichbaren Anstrengungen, den Ausländerinnen und Ausländern eine menschenwürdige soziale Umwelt sowie gesellschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten zu garantieren. Einer Gesellschaft aber, deren Wirtschaft längst international verflochten ist und die vom internationalen Austausch lebt, steht eine solche soziale Unempfindlichkeit schlecht zu Gesicht. Europa befindet sich im Umbruch, der einstige Ostblock hat sich geöffnet. Grenzen sollen fallen, und der Nationalstaat wird an Bedeutung verlieren. Dieser Prozess wird - ob wir es wollen oder nicht - zu neuen Migrationen führen. Ein Denken, das die Menschen in Fremde und Einheimische aufteilt, passt nicht mehr in diese Zeit. Wir müssen, stärker als bisher, die Fähigkeit und die Kraft entwickeln, Fremde in unsere Gesellschaft aufzunehmen: Übersiedler und Aussiedler (die hier erst einmal auch Fremde sind) ebenso wie Asylbewerber, wie Menschen also, die aufgrund von Rasse,

Geschlecht, Religionszugehörigkeit oder Nationalität verfolgt werden, oder wir Flüchtlinge aus Katastrophengebieten. Wir müssen den selbstverständlichen Umgang mit ihnen lernen. Sehr große politische, soziale und ökologische Probleme werden in den kommenden Jahrzehnten zu lösen sein, und das wird ohne Spannungen nicht abgehen. In einer demokratischen Gesellschaft, die zudem so reich wie unsere ist, sollte dabei eines Konsens sein: Es ist die Pflicht aller zu verhindern, dass statt der schwierigen Lösung der Probleme die ebenso bequeme wie unsinnige Suche nach Sündenböcken beginnt. Stadtluft macht frei, so heißt es seit der frühen Neuzeit, und die freien Städte waren immer Orte des wirtschaftlichen und kulturellen Austauschs wie auch des Schutzes für Verfolgte gewesen. Dieser Tradition weiß sich die ehemals Freie Reichsstadt Frankfurt verpflichtet: gerade in einer Zeit, die einerseits von neuen Aufbruchsbewegungen und andererseits vom neuerlichen Ruf nach einfachen Lösungen und Schuldigen geprägt ist. Ohne Weltoffenheit werden die Aufgaben der Zukunft mit Sicherheit nicht zu meistern sein."

Stadt Frankfurt am Main

Der Magistrat